

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/17

24. Januar 1974

Europa braucht nicht Trauer tragen

Brandts Regierungserklärung hat wieder Mut gemacht

Seite 1 / 39 Zeilen

Karl Carstens versagte für die Opposition

CDU/CSU blieb substantielle Deutschlandpolitik-Antwort schuldig

Seite 2 und 2a / 67 Zeilen

Strauß bringt sich selbst ins Spiel

"Einziges politisches Talent" auf der Kanzlerkandidaten-Tour

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 37 Zeilen

Berlin legt Seniorenplan vor

Beispielhafter Angebotskatalog für die älteren Mitbürger

Seite 4 und 5 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376811

Europa braucht nicht Trauer tragen

Brandts Regierungserklärung hat wieder Mut gemacht

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung in einer nüchternen Einschätzung der Lage allen Europäern, die an Europa zu verzweifeln drohen, wieder Mut gemacht. Die geradezu defaitistische "Europa ist verloren"-Hysterie der ersten Stunden und Tage nach dem währungspolitischen Alleingang Frankreichs war sowieso schon wieder abgeklungen. Trotzdem fragten sich nicht nur Politiker und Kommentatoren, wie es denn eigentlich weitergehen sollte und könnte, nachdem der spektakuläre Schritt Frankreichs so viele Illusionen zerrissen hatte.

Der Bundeskanzler hat klar gemacht, daß es weder in unserem West-Ost-Verhältnis noch vor allem auch für die Europäische Union unüberwindbare Hindernisse gibt und auch nicht geben kann. Man wird, was den Westen Europas betrifft, nur insgesamt als Gemeinschaft wieder Tritt fassen müssen, und dazu bedarf es neuer starker Impulse. Die Bundesrepublik, bisher schon einer der kräftigsten Träger dieses großen Werkes, hat bereits neue Initiativen auch in der Praxis gesetzt. Die Verdoppelung des deutschen Beitrages für den Regionalfonds, eine der schwierigsten Barrieren für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft, gehört vorrangig zu diesem deutschen Aktionsprogramm. Die vom Bundeskanzler jetzt wiederum geforderte neue Definierung des Sinns und Zwecks des Europa-USA-Bündnisses soll das europäische Selbstverständnis stärken; ungeachtet der Tatsache, daß an der Allianz mit den Vereinigten Staaten nicht zu rütteln ist. Andere Vorschläge und auch Initiativen werden folgen, denn, so sagte der Bundeskanzler, Rückschläge dürfen uns weder nach Osten noch nach Westen an der Richtigkeit der Ziele und unserer Politik schwanke machen. Man wird nur Geduld haben müssen.

Diese Geduld, ohne deren Übung jede Politik zum unverantwortlichen Risikospiele wird, hatte in der letzten Zeit manchen, nicht nur in der Opposition, verlassen. Ganz gewiß ist der einseitige Schritt Frankreichs bedauerlich, wie es der Bundeskanzler in dem ihm zustehenden Unterstatement sagte, weil die Pariser Maßnahme ein Rückschlag nicht nur für die Währungsunion ist und Gefahren für eine Rückentwicklung der Gemeinschaft als solcher in sich birgt. Diese Erfahrung war aber auch vielleicht notwendig geworden, um vernebelnde Illusionen beiseitezuschieben und jedermann auf den Boden der Realitäten zurückzuholen. Von dort aus können jetzt alle Gutwilligen - und wer möchte sich davon ausschließen lassen oder selbst ausschließen? - mit neuen und vollen Kräften das europäische Gemeinschaftswerk wieder vorantreiben.

Europa braucht also nicht Trauer tragen. Die große Idee Europa, von deren Verwirklichung schließlich das Schicksal aller europäischen Staaten abhängt, lebt weiter, stark wie eh und je. (ee/24.1.1974/bgy/ee)

+ + +

Karl Carstens versagte für die Opposition

CDU/CSU blieb substantielle Deutschlandpolitik-Antwort schuldig

Es ist ein klägliches Spiel, dessen Ende niemand absehen kann. Jede sachliche Darstellung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten, jedes nüchterne, illusionslose Aktionsprogramm zur schrittweisen Verbesserung dieser schwierigen und immer wieder erkältenden Beziehungen: Alles wird von der CDU/CSU mit dem Einwand beschieden, daß die Probleme (deren Beseitigung ja gerade die ganzen Anstrengungen gelten) fortbestünden, und deshalb alles ein vergebliches und letztlich sogar schädliches Unterfangen sei. So reagierte sie als Regierungspartei, so reagiert sie in der Opposition; ihr Fraktionsführer Karl Carstens hat das am Donnerstag wieder einmal demonstriert.

Es ist auf diesem Sektor nicht die geringste Weiterentwicklung des Problembewußtseins der Union festzustellen. Die sozialliberale Bundesregierung habe dem Osten gegenüber Leistungen erbracht und nichts dafür erhalten. Diesen vorgeblichen Sachverhalt bezeichnete Prof. Carstens als den "entscheidenden Punkt" in der Auseinandersetzung. Die Einstellung, die hinter dieser Aussage steht, ist genau von der Qualität wie die, die in den fünfziger Jahren, mitten im Kalten Krieg, die berühmten Sonntagreden bestimmte. Gewiß, Prof. Carstens gebraucht nicht dasselbe Vokabular, aber daß er differenzierter über die Problematik dächte, das läßt er nicht erkennen.

Ohne jedes Pathos, nüchtern und illusionslos schilderte der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die Situation zwischen Bundesrepublik und DDR. Er nannte die "Verhärtungen" durch das andere Lager beim Namen, die gegenwärtig den langwierigen Prozeß, irgendwann einmal zu einem gutnachbarlichen Miteinander zu kommen, belasten, mit denen man eben rechnen mußte und auch gerechnet hat. Brandt sagte klipp und klar, daß es auch drüben "Kräfte gibt, denen die Entspannung nicht gefällt", und er betonte mit Nachdruck: "Die Führung der DDR muß wissen, daß sie die Lage nicht weiter verschärfen darf, ohne daß dies Folgen hätte, die über das Verhältnis der beiden Staaten hinausreichen." Aber der Kanzler versicherte auch, daß diese Regierung den langen Atem hat, den man haben muß, wenn man das noch weit entfernte Ziel einer menschlichen

Ordnung der Verhältnisse in Deutschland erreichen will.

Es ist nicht mehr als recht und billig, daß er in diesem Zusammenhang die "bescheidenen Fortschritte" erwähnt, die seine Regierung aber dort hoch einstufte, "wo sie im Interesse der Menschen und der deutschen Sache zu Suche schlugen." Also Erhöhung der Zahl der Reisenden aus der Bundesrepublik in die DDR um mehr als 60 vH. auf über zweieinhalb Millionen; 50.000 Besuche allein im letzten Oktober im Rahmen des grenznahen Verkehrs; Steigerung des Transitverkehrs zwischen Bundesrepublik und Westberlin seit Abschluß des Abkommens im Juni 1972 um mehr als 65 vH.; 53.000 DDR-Bürger, die noch nicht im Rentenalter sind, konnten dringender Familienangelegenheiten wegen von November 1972 bis Dezember 73 in die Bundesrepublik reisen; trotz Verdoppelung des Mindestumtauschsatzes machten zwischen Weihnachten und Silvester 1973 über 120.000 Westberliner von der Möglichkeit Gebrauch, den Osten ihrer Stadt zu besuchen.

Hinweise auf solche - für die Menschen immerhin wichtigen - Verbesserungen in Einzelbereichen entspringen keineswegs einer Absicht, von der Problematik abzulenken, die nach wie vor bleischwer im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR lastet. Der Bundeskanzler komprimierte dies in dem Satz: "Wir kennen die Unterschiede in den Gesellschaftssystemen der beiden deutschen Staaten; sie trennen uns stärker als die unterschiedlichen Auffassungen von der Nation". Aber nur über Fortschritte in konkreten Details - und daß die möglich sind, wurde somit bewiesen -, kann man in der Sache überhaupt weiterkommen.

Und genau hier versagt die jetzige Opposition. Anstatt jetzt, da die grundlegenden Verträge in Kraft sind, den politischen Anschluß wieder herzustellen und mit der Regierungskoalition auf der durch diese Verträge geschaffenen neuen Basis sachlich um die besten Aktionen zu ringen, dreht sie die Leier der frühen Jahre. "Appelle allein legen die Grenzzäune nicht nieder, die Minen entschärfen sie nicht", sagte der Bundeskanzler. Gerade so, als ob es mit Appellen getan sei, tat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende. Eine substanzvollere Entgegnung der Opposition hätte diese Regierungserklärung verdient gehabt. Schade.

Claus Preller
(-/24.1.1974/ks/pr)

+ + +

Strauß bringt sich selbst ins Spiel

"Einziges politisches Talent" auf der Kanzlerkandidaten-Tour

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Das grobschlächtige Kampfblatt der CSU hat den politischen Führungsanspruch seines Herausgebers Franz-Josef Strauß in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Blick in die Geschichte "begründet". Aus der Brille des "Bayernkurier", die ihm trotz gegenteiliger Beteuerungen vom CSU-Vorsitzenden aufgesetzt und eingefärbt wird, ist F.J. Strauß "das einzige politische Talent, das die Deutschen nach Bismarck und Adenauer hervorgebracht haben". Da der Beitrag, der diese "historische Erkenntnis" den Lesern der CSU-Postille anbietet, nicht als Glosse gekennzeichnet und zweifellos auch nicht als solche gemeint ist, muß auch seine Schlußfolgerung formal ernst genommen werden: "Deutschland braucht nötiger denn je ein, oder wenn man so will, sein Talent."

Das kann doch im Klartext aus dieser Quelle nur als Anmeldung eines Anspruchs auf die Kanzlerkandidatur von Strauß für die Opposition verstanden werden. Diese auf den ersten Blick verfrüht erscheinende Aktion der Büchsen-spanner des in seinem Machthunger wie eh und je nicht zu bremsenden CSU-Befehlshabers ist gar nicht so inaktuell: In der sich - wenn auch noch unterschwellig - in zunehmender Deutlichkeit abzeichnenden Rivalität zwischen dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl und dem parlamentarischen Oppositionsführer Dr. Karl Carstens um Profilierung innerhalb der Union und damit um die Kanzlerkandidatur für 1976 wittert Strauß seine Chance; diesmal nicht nur als "Königsmacher", sondern zum letzten persönlichen Anlauf auf sein Traumziel.

Während der Pragmatiker aus Rheinland-Pfalz in diesem Spiel auf eine Köder-Taktik und persönliche Verbindungen in Richtung FDP setzt, möchte sich Dr. Carstens in seine bisher anspruchsvollste Rolle als Kanzlerkandidat transportieren lassen, in dem er sich auf den in der Oppositionsfraktion und auch an der Parteibasis offensichtlich dominierenden Willen zur vollen Konfrontation mit der sozialliberalen Koalition stützt. Der "Bayernkurier" hat seinen Herausgeber - mit Sicherheit nicht ohne dessen augenzwinkernde Einverständnis - als "dritten Mann" in diesen Wettbewerb lanciert. Wie ernst dessen Ambitionen zu nehmen sind, geht auch aus der von ihm unverhohlen betriebenen Pousseige-Taktik gegenüber der FDP - sowohl in Bayern als auch auf Bundesebene - hervor.

Wie das unionsinterne Gerangel auch ausgehen mag, die nicht ungechickt aufgebaute Legende von der angeblich wiederhergestellten Geschlossenheit in der Führungsspitze der Opposition nach der Schickt-ihn-in-die-Wüste-Aktion gegen Dr. Rainer Barzel ist reich zerstückelt worden. Im Übrigen kann man dem Ergebnis in diesem Clinch mit Gelassenheit entgegensehen: Der nächste Bundeskanzler wird weder Kohl noch Carstens noch gar Franz-Josef Strauß heißen!

(-/24.1.1974/ka/es)

+ + +

Berlin legt Seniorenplan vor

Beispielhafter Angebotskatalog für die Älteren Mitbürger

Ende Januar 1974 wird der Berliner Arbeits- und Sozialsenator Harry Liehr der Öffentlichkeit einen Seniorenplan vorlegen. Dieser über 100 Seiten starke Angebotskatalog wird in seiner Komplexität auch für die Bundesrepublik beispielhaft sein. Der Seniorenplan nimmt die Stellung des Älteren Mitbürgers in der Leistungsgesellschaft als Ausgangspunkt. Neben der Problematik der Wohnungen für Senioren behandelt der Plan konkret die "häuslichen Dienste", beschäftigt sich mit der "Verbesserung von Information und Beratung", unterstreicht die "Freizeit als Chance des Ruhestandes" und widmet sich der "Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter". Er sieht weiter seine Aufgaben in der Beteiligung der Senioren bei der Heimaufsicht, der Heimberatung und -planung, fordert eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Träger und votiert für ein "Deutsches Zentrum für Altersfragen". Last but not least stellt er finanzielle Forderungen, die bereits für 1974 einen Mehrbedarf von 1,2 Millionen DM vorsehen und bis 1977 auf 6,6 Millionen DM ansteigen.

In seiner Regierungserklärung 1971 hatte der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz die "Hilfe für den Älteren Bürger" zum Schwerpunkt dieser Legislaturperiode erklärt. Bekanntlich liegt der Anteil der über 65jährigen Einwohner Berlins mit 22 vH. (1972) haushoch über dem Bundesdurchschnitt (13,3 vH. im Jahre 1970). Um nicht über diesen Personenkreis hinweg zu planen, wurde als erster Schritt eine den Plan untermauernde, erstmals alle 12 Westberliner Bezirke umfassende Begleituntersuchung vom Kölner "Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik" durchgeführt. 6.000 Senioren beiderlei Geschlechts, die nicht in Heimen oder Anstalten wohnhaft sind, trugen durch diese Befragung zum Grundstein des nun vorliegenden Seniorenplanes bei.

Bei dieser Umfrage stellte sich heraus, daß 57 vH. von ihnen in Mehrpersonenhaushalten in Gemeinschaft mit dem Ehepartner, bei den Kindern oder sonstigen Angehörigen leben. Ein hoher Prozentsatz zeigte Interesse für Seniorenwohnheime. 37 vH. der befragten, repräsentativen Personenkreises, die allein leben und 12 vH. der Ehepartner geben ein Monatseinkommen von weniger als 600 DM an. Vor allem Frauen müssen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß ihren Lebensstandard "erheblich einschränken", erhalten zum großen Teil Sozialhilfe. Vier vH. der Frauen und zehn vH. der Männer sind weiterhin berufstätig. 19 vH. der befragten Senioren bezeichnen ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut, 51 vH. sind zufrieden, 24 vH. beurteilen ihn schlecht und sechs vH. mit sehr schlecht. 65 vH. aller Befragten meinten, eine chronische Krankheit zu haben. 52 vH. verfügen über einen eigenen Telefonanschluß. Die Lebensqualität in den einzelnen Bezirken erwies sich als sehr unterschiedlich. Interessant sind auch die Zahlen, die Aufschluß über das Bildungsniveau geben, wobei die früheren Sozial- und Bildungsstrukturen natürlich eine gewichtige Rolle spielen. 71 vH. der Älteren Männer und 81 vH. der Frauen hatten als höchste Qualifikation einen Hauptschulabschluss, 19 vH. der Senioren die mittlere Reife, bei den Frauen 16 vH., vier vH. das Abitur, Frauen zwei

und sechs vH. der Männer einen Hochschulabschluss, Frauen eine vH.

Bei Berücksichtigung aller dieser Zahlen geht der Seniorenplan bei seinen Leitgedanken von folgenden Vorstellungen aus:

- Der Ältere Bürger soll seiner Situation und seinen Bedürfnissen entsprechend eine Vielzahl von Angeboten offeriert bekommen, die er selber auch aktiv beeinflussen kann.

- Wenn ermuntert, soll die selbständige Lebensführung so umfassend wie nur möglich erhalten werden. Richtungsweisend ist hierbei das im Seniorenplan vorgeschlagene "Gagfah-Projekt". Aus dem Althausbesitz dieser gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft werden mit Senatshilfe 6.000 kleinere Wohnungen in einem Zeitraum von 10 Jahren (im Jahr also 600) altersgerecht ausgestattet. Die Wohnungen, in den ersten Etagen nunmehr für Ältere Menschen reserviert, erhalten Zentralheizung, modernisierte Toiletten- und Badeeinrichtungen, Rufanlagen für Notfälle etc. Die Bezirke bekommen ein Vorschlagsrecht für die Belegung.

- Der neue Lebensabschnitt gibt Zeit und Raum für die Realisierung von bislang aus Zeitgründen zu kurz gekommenen Hobbies, Neigungen, Interessen. Deshalb muß das Angebot neben der Vielfältigkeit auch die Möglichkeit der laufenden Überprüfung, der Veränderung beinhalten.

- Bei öffentlichen Einrichtungen ist der Isolierungsgefahr zu begegnen. Die Einrichtungen haben neben den sozialen Diensten aber gleichzeitig für alle da zu sein.

- Das Informationssystem wird durch "Seniorenbriefe" (Arbeitstitel) erweitert. Die Themen reichen von der Gesundheitsvorsorge über Ernährungstips und Erläuterung von Renten- und Wohnfragen bis zur Schilderung allgemeiner Hilfsdienste und Anregungen zur Freizeitgestaltung.

- Die Angebote berücksichtigen Renten- und Pensionshöhen sowie weitere sozialpolitische Leistungen. Sie sind nur in Zusammenarbeit mit öffentlichen Trägern und anderen Organisationen zu realisieren.

- Die Weiterentwicklung vorhandener Angebote muß die unterschiedlichen bezirklichen Sozialstrukturen ausgleichen, sich der Innenstadtprobleme gesondert annehmen.

Bei voller Würdigung der Verbesserungen durch die Rentenreform, sind die finanzielle Lage, die Wohnsituation, der Gesundheitszustand und die sozial Lage entscheidende, ins Alter begleitende Faktoren. Die konkrete Absicht, bei den Umstellungsschwierigkeiten zu helfen und jedem Älteren Mitbürger die Sicherheit zu geben, daß für ihn, wenn er es wünscht oder benötigt, ein optimales Hilfeangebot auf breiter Grundlage bereitgehalten wird, ist Anliegen dieser Bemühungen und macht den Berliner Seniorenplan zu einem weiteren Erfolg sozial demokratischer Sozialpolitik.

Angela Grützmann
(-/ 14. 1. 1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert